

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Brigitte Hayn (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Krankenversicherung von Polizeibeamten

Die **Kleine Anfrage 37** vom 9. Juni 2011 hat folgenden Wortlaut:

In Rheinland-Pfalz werden die Polizeibeamten in Bezug auf die Krankenversicherung unterschiedlich behandelt. Beamte der Bereitschaftspolizei des Landes haben einen Anspruch auf freie Heilfürsorge, während sich Beamte des polizeilichen Einzeldienstes und der Kriminalpolizei zu 50 Prozent privat versichern müssen und 50 Prozent der Behandlungskosten durch die Beihilfe erstattet werden. Einem Beamten des Einzeldienstes/der Kriminalpolizei entstehen somit nicht unwesentliche monatliche Mehrkosten durch die private KV.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum werden die Bereitschaftspolizei und der polizeiliche Einzeldienst/die Kriminalpolizei in Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Krankenversicherung unterschiedlich behandelt?
2. Wie werden Polizeibeamte anderer Bundesländer nach Kenntnis der Landesregierung krankenversichert?
3. Welche der beiden Alternativen ist die kostengünstigere?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 6. Juli 2011 wie folgt beantwortet:

Die Beihilfe ist eine eigenständige, die Alimentation ergänzende beamtenrechtliche Krankenfürsorge, die der Versicherungsfreiheit der Beamtinnen und Beamten in der gesetzlichen Krankenversicherung Rechnung trägt. Durch die Beihilfe erfüllt der Dienstherr die den Beamtinnen und Beamten und ihren Familien gegenüber bestehende beamtenrechtliche Verpflichtung (§ 45 Beamtenstatutgesetz), sich an den Krankheitskosten mit dem Anteil zu beteiligen, der durch die Eigenvorsorge nicht abgedeckt wird.

Die durch die Beihilfe nicht abgedeckten Aufwendungen müssen beihilfeberechtigte Personen seit dem 1. Januar 2009 bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen absichern, soweit sie nicht als freiwillige Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind.

Auch die Beamtinnen und Beamten, denen nach § 6 des Landesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 12. April 2005 unentgeltliche Heilfürsorge gewährt wird, sind nach § 66 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes beihilfeberechtigt. Soweit Ansprüche auf unentgeltliche Heilfürsorge bestehen, ist der Beihilfeanspruch jedoch subsidiär.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

In Rheinland-Pfalz wird nach § 6 Absatz 2 des Landesbesoldungsgesetzes lediglich den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Bereitschaftspolizei unentgeltliche Heilfürsorge gewährt.

Dies ist zunächst historisch begründet. Für die in früherer Zeit kasernierten Polizeibereitschaften wurden auch besondere Heilfürsorgemaßnahmen als notwendig erachtet. Die nach dem 2. Weltkrieg zunächst aufgehobene Regelung wurde mit der Aufstellung einer Bereitschaftspolizei in Rheinland-Pfalz im November 1951 erneut aufgegriffen und auch mit Blick auf die Einstellungs- und Ausbildungsaufgabe der Bereitschaftspolizei in der bestehenden Form gesetzlich geregelt. Nachdem sich mit der im Jahre 1996 be-

b. w.

gonnenen Neugliederung der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei deren Aufgabenstellung maßgeblich geändert hatte, stand die Beibehaltung der gesetzlichen Regelung zur Diskussion. Insbesondere vor dem Hintergrund des verstärkten Einsatzes geschlossener Einheiten der Bereitschaftspolizei aus Anlass von Sportveranstaltungen oder Demonstrationen des Rechts- oder Linksspektrums in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern, bei denen zunehmend Gewalt auch gegen die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten ausgeübt wird, wurde die Gewährung unentgeltlicher Heilfürsorge für die Polizeibeamtinnen und -beamten der Bereitschaftspolizei als weiterhin angezeigt erachtet. In der Regel werden bei solchen Einsätzen gleichzeitig auch Sanitätsdienste bzw. Polizeiärzte mitgeführt, um verletzten Beamtinnen und Beamten unverzüglich medizinische Hilfe gewähren zu können und notwendige Weiterbehandlungen durch dieselben Ärzte zu ermöglichen. Die Gewährung der unentgeltlichen Heilfürsorge für Polizeibeamtinnen und -beamte der Bereitschaftspolizei erfolgt unbeschadet der Tatsache, dass die Beamtinnen und Beamten zeitweise auch als Rotationskräfte im Einzeldienst eingesetzt sind.

Zu 2.:

Soweit die Landesregierung Kenntnis hat, sind in acht Bundesländern die Polizeibeamtinnen und -beamten heilfürsorgeberechtigt. In den übrigen Bundesländern wird Polizeibeamtinnen und -beamten Heilfürsorge beispielsweise in bestimmten Verwendungen, im Vorbereitungsdienst oder, vermutlich im Rahmen einer Besitzstandswahrung, bei einer Einstellung bis zu einem festgelegten Stichtag gewährt; die Polizeibeamtinnen und -beamten im Übrigen sind beihilfeberechtigt.

Zu 3.:

Die Beantwortung ist im Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht möglich, da hierfür umfangreiche Ermittlungen und Berechnungen anzustellen wären.

Roger Lewentz
Staatsminister